

Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Bewegungen

Annahmen, Befunde und Desiderata der Forschung

Sigrid Baringhorst

1. Einleitung: Medien und soziale Bewegungen – analog/digital

Weil sie als extrarepräsentative kollektive Akteure nicht selbst an parlamentarischen Entscheidungen beteiligt sind, sind Medien und öffentliche Sichtbarkeit für soziale Bewegungen von grundlegender Bedeutung.¹ Vor allem über den Umweg der Beeinflussung der öffentlichen Meinung können sie vernachlässigte Themen oder Sichtweisen auf die politische Agenda setzen und so indirekt auf das Entscheidungsverhalten von Abgeordneten oder Unternehmensführungen Einfluss nehmen. Dabei gilt: Je größer die Reichweite der Mobilisierung von Aktionen und der Adressierung politischer oder subpolitischer Einflussnahme, desto bedeutsamer die Rolle von Medien für soziale Bewegungen: Einerseits im Sinne einer medien-gestützten Koordination von internen Handlungsplanungen und -abläufen etwa bei der Abstimmung, Mobilisierung und Organisation kollektiver Aktionen, andererseits im Sinne einer erfolgreichen Kommunikation von Bewegungszielen in reichweitenstarken (Massen-)Medien.

Der Wandel medialer Infrastrukturen forderte schon in der Vergangenheit – etwa im Zuge der Kommerzialisierung der audiovisuellen Massenmedien – sowohl hinsichtlich der Binnenkommunikation in alternativen bewegungsnahen Medien als auch hinsichtlich der Adressierung allgemeiner lokaler, nationaler oder transnationaler Öffentlichkeiten Anpassungsleistungen an veränderte Medienlogiken.² So ging die Privatisierung des Fernsehens verbunden mit einem stärker werdenden Druck des Wettbewerbs unter Medienanbietern mit einer zunehmenden Professionalisierung und damit verbunden auch Kampagnenförmigkeit der Öffentlichkeitsarbeit von Bewegungsorganisationen einher. In der härter werdenden Kon-

1 Soziale Bewegungen werden im Folgenden als mehr oder weniger dauerhafte Zusammenschlüsse von Personen verstanden, die auf soziale und/oder politische Verhältnisse oder bestimmte politische oder unternehmerische Entscheidungen Einfluss nehmen wollen.

2 Vgl. hierzu auch die Beiträge von Pfetsch et al. (2019) und Ritzki (2019) in diesem Band.

kurrenz um mediale Aufmerksamkeit sind auch Bewegungsakteure gezwungen, Nachrichtenwerte zu erzeugen. Dies geschieht etwa durch straßenöffentliche Mobilisierung massenhafter Unterstützung, eine Beteiligung prominenter Unterstützer_innen oder die bildstarke Inszenierung konfliktreicher und riskanter Aktionen zivilen Ungehorsams.

Während die Kommerzialisierung der Medien eine Zentralisierung, Professionalisierung und Sensationsorientierung der Öffentlichkeitsarbeit sozialer Bewegungsakteure förderte, ließ die Digitalisierung in den 1990er Jahren sowie insbesondere die Entstehung sog. sozialer Medien Mitte der 2000er Jahre zunächst auf eine Umkehr dieser Prozesse schließen. Vermutet wurde, dass digitale Medien die Mobilisierung zu und Teilnahme an Protestaktivitäten erleichtern werden, da, so die plausible Annahme, Aufwandsarbeit und Ressourcen, die für die Handlungsabstimmung kollektiver wie für die Partizipationspraxis individueller Unterstützer_innen notwendig sind, verringert werden. Eine weitere »Zusammenhangsvermutung« bezog sich auf einen durch die Digitalisierung von Medien bewirkten Wandel der Organisationsstruktur sozialer Bewegungen zugunsten der Stärkung weniger hierarchischer und stärker dezentraler und bottom-up-strukturierter Bewegungen (Haunss 2019; Shirky 2009).

Mit der Identifikation von Protesten im Iran im Jahr 2009 als »Twitter-Revolution« und der Aufstände im Rahmen des Arabischen Frühlings als »Facebook-Revolution« wuchsen Hoffnungen auf ein Erstarken weltweiter Mobilisierung für die globale Durchsetzung liberaler Demokratien. Die Ernüchterung über die Kurzlebigkeit dieser Proteste, die Rückschläge der Demokratisierungsprozesse im gesamten arabischen Raum, das Erstarken autoritärer Regime und rechtspopulistischer Bewegungen weltweit führten zu einer weitaus skeptischeren Bewertung der Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Bewegungen. Diese Skepsis gegenüber staatlicher Kontrolle und reglementierenden Eingriffen in digitale Kommunikationsprozesse wird durch eine erhöhte Sensibilisierung für Datenausbeutung, Fake News und die Hate Speech fördernde Meinungsmacht kommerzieller Plattformen verstärkt.

Der Beitrag greift einige der frühen Zusammenhangsvermutungen auf und gibt einen Überblick über zentrale Fragestellungen, Befunde und konzeptionelle Zugänge der bisherigen Erforschung des Zusammenhangs von Digitalisierung und sozialen Bewegungen und leitet daraus Fragen für die zukünftige Bewegungsforschung ab. Leitfragen der Überlegungen sind: Inwiefern stärkt oder schwächt die Digitalisierung soziale Bewegungen? Welche Auswirkungen zeigen sich bezogen auf Formen und Effekte der Organisation und Mobilisierung zu kollektiven Aktionen, hinsichtlich der Partizipation an diesen Aktionen sowie in Bezug auf demokratiestärkende oder -schwächende Auswirkungen des Netzaktivismus?

2. Digitalisierung der Ressourcenmobilisierung und die Förderung einer Kultur der »Commons«

In der Forschung zu sozialen Bewegungen dominiert seit den 1970er Jahren die Perspektive des Ressourcenmobilisierungsansatzes. Dieser gegen die zuvor vorherrschende Interpretation kollektiven Handelns als emotional und deviant gerichtete Forschungsansatz betont die Rationalität, die strategieförmige Planung und Umsetzung kollektiven Bewegungshandelns und damit verbunden die Bedeutung von Organisationen und Ressourcen, wie Geld, Personal, Wissen u.a., für deren Erfolg. Organisationen bzw. Organisationsnetzwerke, so die Annahme, sind unverzichtbar für die Mobilisierung zu kollektiven Aktionen sowie zu deren Verstetigung im Sinne dauerhafter sozialer Bewegungen (McCarthy/Zald 1977).

Die Forschung unterscheidet dabei zwischen latenten und manifesten Phasen sozialer Bewegungen (Haenfler et al. 2012; Baringhorst 2015). In den latenten Phasen werden neue Lebensformen erprobt und sorgen bewegungsnahe, selbstorganisierte Engagementprojekte für die Stabilisierung und Vernetzung sozialer Unterstützer_innengruppen bzw. sozialer Bewegungsmilieus. In der öffentlichen Wahrnehmung wie auch in der Forschung dominiert demgegenüber die Identifikation von sozialen Bewegungen mit großen kollektiven Protestmobilisierungen. Dies gilt auch für die Erforschung des Zusammenhangs von digitalem Medienumbruch und sozialen Bewegungen, obwohl gerade in den vielen kleinen, oft lokalen Engagementprojekten wesentliche Beiträge zur sozialen, ökologischen und auch technologischen Innovation geleistet werden.³ In diesen Projekten zeigt sich, dass soziale Bewegungsakteure nicht nur digitale Medien nutzen, um etwa die Transaktionskosten kollektiver Mobilisierung zu senken. Sie treiben den Prozess der Digitalisierung auch wesentlich mit voran. Insofern veranschaulicht insbesondere der Blick auf die Kooperationspraxis mehr oder weniger locker vernetzter Bewegungsakteure die allgemeine Erkenntnis einer praxeologisch ausgerichteten Medienforschung, wonach Medien stets als »Praxis, die immer im Werden begriffen ist« (Gießmann 2018, 96), zu verstehen sind.

Digitale Tools der Partizipation werden vor allem von kleinen, jüngeren, wenig bürokratisierten und eher egalitär arbeitenden Initiativen entwickelt und genutzt, wie neben dem DSI-Bericht der EU auch eine Studie von Betterplace.org belegt (Dufft et al. 2017, 6). »Co-Creation« ist das Schlüsselwort des kollaborativen Engagementverständnisses dieser zumeist projektförmig strukturierten, digitalen zivilgesellschaftlichen Innovationen: Zumeist basierend auf der Nutzung von Open Source Software werden Wissen und Engagement von engagierten User_innen in

3 Vgl. zur Nutzung digitaler Medien im zivilgesellschaftlichen Engagement ausführlicher Baringhorst 2019b.

gemeinschaftlichen Schwarmaktionen etwa des Crowd Sourcing und Crowd Mapping mobilisiert.

Folgt man dem Ressourcenmobilisierungsansatz der sozialen Bewegungsforschung, so sind Organisationen deshalb so wichtig für den Erfolg sozialer Bewegungen, weil die kurzfristige Mobilisierung von Unterstützer_innen, so wie die langfristige Durchsetzung von Bewegungszielen, etwa durch autonome Bewegungsprojekte oder die Verhandlung mit politischen oder ökonomischen Entscheidern, neben manpower vor allem Geld und Wissen als Ressourcen voraussetzt. Bei einer Bilanzierung der Vor- und Nachteile der Digitalisierung für soziale Bewegungen sollte deshalb insbesondere der Nutzen von Plattformen kollaborativer Wissensgenerierung nicht geringgeschätzt werden. Die Stärke der sozialen Medien zeigt sich bezogen auf Ressourcenmobilisierung sozialer Bewegungen auch in neuen Finanzierungsmodellen: Der Scheckbuchsolidarismus ist zu Recht wegen der damit einhergehenden hohen Verwaltungskosten kritisiert worden. Crowdfunding kann demgegenüber die Finanzierung sozialer und ökologischer Projekte unabhängig von bürokratischen Strukturen großer Spendenorganisationen ermöglichen.

Richtet man den Untersuchungsfokus nicht auf große Protestevents wie Massendemonstrationen, so zeigt sich, dass soziale Bewegungsakteure entgegen weitverbreiteter Annahmen weniger kommerzielle Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter nutzen als selbstprogrammierte Anwendungen wie own-Cloud, Typo3, Telegram, Mumble u.a., um einen ethischen und transparenten Umgang mit persönlichen Daten wie gemeinsam geschaffenen Werten sicherzustellen.⁴ Bewegungsnahe online-kollaborative Plattformen sind oft wegweisende Praxisfelder der Entwicklung und Erprobung einer auch offline angestrebten Kultur der »Commons«. Gemeint ist die Verbreitung einer Engagementkultur des gemeinschaftlichen Produzierens und Teilens von Gemeingütern. Wikipedia ist das wohl bekannteste Leuchtturmprojekt der transnationalen Open-Source-Community. Leitgedanke ist: »Nur wenn Software nicht behandelt wird wie individuelles Eigentum und eine Ware, nur wenn sie offen gehalten und geteilt wird, kann sie von allen weiterentwickelt werden und den größten Nutzen für alle entfalten« (Helfrich/Commons Strategies Group 2016, 76). So hat insbesondere die Open-Source-Bewegung inzwischen eine Vielzahl von Initiativen eines über Netzaktivitäten hinausgehenden allgemeinen »Open Cooperativism« beflügelt, in dem neue, oft genossenschaftliche Formen des »Zusammenschlusses zwischen den in die Jahre gekommenen Genossenschaften und Kooperativen und den jüngeren

4 So ein Ergebnis der Erforschung der Medienpraxis innovativer Partizipationsprojekte zum Thema Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen des Teilprojekts Bo3 des SFB 1187 Medien der Kooperation an der Universität Siegen.

Peer-to-Peer-/Commonsansätzen« ausgelotet werden (Helfrich/Commons Strategies Group 2016, 76). Leitlinie einer auf Open-Source und Commons-Ideen aufbauenden freien, fairen und nachhaltigen Produktionsweise und Wertschöpfung fasst Bauwens in »zehn Gebote(n) der Peer-Produktion und Commonsökonomie« (2016, 71ff.) zusammen als: offene Geschäftsmodelle basierend auf geteiltem Wissen, offene Zusammenarbeit, offene Werterfassung und Buchungssysteme, fairer Vertrieb und geteilter Gewinn durch Copyfair-Lizenzen, Peer-to-Peer-Solidarität durch Praktiken des »Commoning« (wie z.B. »Friendsurance« in Deutschland), offenes und nachhaltiges Design für eine Open-Source-Kreislaufwirtschaft, offene Lieferketten und offene Buchführung, Relokalisierung der Produktion, gemeinschaftlicher Besitz an physischen Infrastrukturen sowie auf Gegenseitigkeit aufgebaute Kreditsysteme.

3. Mobilisierung zu individualisiert-kollektiven Protestaktionen im Netz

Massenmediale öffentliche Sichtbarkeit erlangen Bewegungsakteure in ihrem alltäglichen Engagement für alternative Projekte eher selten und wenn, dann nur bedingt durch deren jeweiligen Neuigkeitswert.⁵ Weitaus mehr Resonanz erfahren sie in der Berichterstattung über spektakuläre Protestaktionen, wobei Spektakularität vor allem über massenhafte Unterstützung etwa bei Straßendemonstrationen, durch gewaltförmige Konfliktaustragung wie bei den #NoG20 Protesten in Hamburg 2018 oder, wie im Fall der »Fridays for Future«-Bewegung 2019, durch kollektive Aktionen zivilen Ungehorsams wie Schulstreiks erzeugt werden kann. Wie viele und welche Ressourcen und organisationalen Strukturen für ein erfolgreiches Framing von Protestbotschaften, die horizontale wie vertikale Vernetzung von Protestakteuren und auch die Erzeugung sozialer Bindungen und einer kollektiven Identität unter Aktivist_innen notwendig sind, sind zentrale Fragen der Bewegungsforschung (Benford/Snow 2000). In Abgrenzung von den alten, zentralistisch organisierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen wurden die Studenten-, Frauen- und Umweltbewegungen der 1960er bis 1980er Jahre nicht zuletzt deshalb als »neue soziale Bewegungen« etikettiert, weil ihre Aktionsformen wie z.B. Sit-Ins spontaner und die Bewegungsorganisation und -vernetzung weniger durch formale Mitgliedschaften und bürokratische Strukturen geprägt waren (Melucci 1980).

Die Digitalisierung, so eine zentrale Annahme, hat die Notwendigkeit bürokratischer, formaler, organisatorischer Strukturen für eine erfolgreiche Protestmobi-

5 Dies belegt etwa die große Medienresonanz auf die innovative Engagementplattform www.foodsharing.de im Jahr 2018.

lisierung wesentlich verringert und die Möglichkeiten nicht top-down initiiert kollektiver Aktionen erweitert. Zum empirischen Beleg wird vor allem auf die Protestmobilisierung im Kontext des Arabischen Frühlings verwiesen. Nach den Untersuchungen von Howard/Hussain (2013) und Tufecki/Wilson (2012) ging die Initiative für die Proteste aus direkten Kontakten zwischen einzelnen Bürger_innen hervor; organisierte Akteure schlossen sich diesen Protesten erst in der Folge an (Norris 2012).

Schon die Partizipationsforschung im Rahmen des Civic-Voluntarism-Ansatzes ging davon aus, dass Menschen selbst bei vorhandenem Interesse an einem Thema und wahrgenommener Dringlichkeit eines Solidaritätsappells dann nicht an kollektiven Aktionen teilnehmen, wenn sie sich nicht persönlich angesprochen und aufgefordert fühlen. Die persönliche Motivation steigt insbesondere dann, wenn man weiß, wer sonst noch einen Appell unterstützt, insbesondere wie viele sonst noch mitmachen. Gerade in der persönlichen Adressierung von Mitmachappellen und der Möglichkeit, sich schnell einen Eindruck über die Resonanz von Protestaufrufen unter anderen User_innen verschaffen zu können, liegt ein nicht zu unterschätzender Vorteil der Protestmobilisierung in den Social Media. Die sozialen Netzwerke erleichtern Organisatoren kollektiver Aktionen eine personalisierte, direkte Ansprache potentieller Unterstützer_innen wie auch deren kontinuierliche Einbeziehung in die Aktionsvorbereitung, -dokumentation und -nachbereitung.

Mit der zunehmenden Nutzung sozialer Medien werden Informationen und Aufrufe von Facebook-Freunden und Followern auf Twitter oder vermittelt über WhatsApp-Gruppen wichtiger für die Vermittlung von Handlungsanreizen zur Unterstützung von Solidaritätsappellen und -aktionen. Bruce Bimber fasst die Kernthese des »postbürokratischen« Theorieansatzes zur Erklärung kollektiven Handelns im Zeichen digitaler Medien prägnant zusammen: »Its most important tenets are that formal organization need not precede collective action, and that more opportunities for initiating action exist than in the context of mass media« (2017, 9). Für den deutschen Kontext belegen insbesondere Protestaktionen auf Petitionsplattformen wie change.org oder openpetition.de, dass auch Unterschriftenaktionen nicht-organisierter einzelner Bürger massenhafte Unterstützung im Sinne von Mitzeichnungen generieren können, auch wenn in diesen Fällen in der Regel Plattformbetreiber Unterstützung für ein erfolgreiches Framing oder die Nutzung sozialer Medien offerieren (Baringhorst et al. 2017).

Inwiefern auch isolierte Einzelne im Sinne eines »self-directed behavior« (Earl et al. 2017) allein aufgrund der Rezeption politischer Informationen ohne Handlungsaufforderungen oder soziale Signale der Beteiligung von anderen aktiv werden, ist eine noch offene Forschungsfrage. Eigene Forschungen im Bereich der Aktivierung kritischer Konsument_innen lassen darauf schließen, dass insbesondere stark individualisierte Aktionsformen wie die Beteiligung an Boy- und Buykotten nicht unbedingt der Anreize durch Organisationen oder durch Freunde und Be-

kannte, durch »socially prompted behavior« (Bimber 2017, 13), bedürfen. Oft rekurrieren nicht-organisierte Unterstützer_innen auch auf klassische, massenmedial vermittelte TV-Dokumentationen etwa über Schlachthöfe oder über die Folgen der Palmölgewinnung für den Abbau des Regenwaldes, wenn sie über die Anlässe und Motive für eine Änderung ihrer Konsumgewohnheiten berichten.

Nach der Theorie des konnektiven Handelns von Bennett und Segerberg (2012) werden formale Organisationen nicht ersetzt, sondern das Spektrum kollektiver Akteure erweitert sich um weniger formalisierte Akteure bis hin zur Artikulation und Mobilisierung von Protest in spontanen viralen Netzwerken. Während klassisches kollektives Handeln durch das Handeln von Organisationen geprägt ist, resultiert der neue Handlungstyp des »connective action« aus der Mobilisierung durch die virale Kommunikation in digitalen sozialen Netzwerken. Basierend auf einer ländervergleichenden Studie zu den Occupy Protesten kommen Bennett und Segerberg zu dem Schluss, dass organisierte Akteure je nach spezifischem Kontext eher top-down-geplante und kontrollierte bürokratische Organisationsformen oder eher bottom-up-generierte, dezentrale und personalisierte, locker vernetzte Formen der Protestartikulation präferieren.

Die Rolle von Organisationen für die Mobilisierung von Protest wird auch für die zukünftige Forschung zu sozialen Bewegungen von zentraler Bedeutung sein. Die traditionelle Ressourcenmobilisierungstheorie und postbürokratische Erklärungsansätze kollektiven Handelns stehen sich gegenwärtig noch konkurrierend gegenüber. Massenmediale Aufmerksamkeit erhielten insbesondere die noch relativ neuen viralen Hashtag-Proteste wie die #MeToo-Bewegung oder schon früher die #Zensursula-Kampagne gegen die Einschränkung von Netzfürheiten. Proteste gegen die Abholzung des Hambacher Forstes wie auch die kollektiven Aktionen zivilen Ungehorsams im Rahmen der »Fridays for Future«-Bewegung weisen demgegenüber auf eine zunehmende Bedeutung von Protestbewegungen hin, bei denen die Handlungsabstimmung sowohl über formale Organisationen als auch über weniger stark strukturierte und weniger bürokratische Kooperationen etwa bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung kollektiver Protestaktionen über soziale Medien wie WhatsApp oder Facebook erfolgt.

Eine dichotome Gegenüberstellung von Ressourcenmobilisierungstheorie und postbürokratischem Ansatz erscheint zudem deshalb wenig sinnvoll, weil auch Bewegungen, die gänzlich online organisiert sind, von Earl et al. als »online organizing« bezeichnet (2010, 429), nicht ohne Ressourcen entstehen und massenhafte Unterstützung generieren. Zum einen agieren sie häufig als Free-Rider in der Nutzung sozialer Medien wie Facebook oder WhatsApp. Auch wenn keine großen Ausgaben mehr für eine zielgruppenspezifische und schnelle Verbreitung von Informationen und Appellen notwendig sind, sollte doch nicht davon ausgegangen werden, dass Online-Organizing ganz ohne Ressourcen auf Seiten der Bewegungsakteure auskommen könnte. Zum anderen sind für eine erfolgreiche Mobilisierung

über soziale Medien in der Regel noch immer »Bewegungsunternehmer«, d.h. engagierte Vordenker, kreative Pioniere notwendig, die issues mit Leidenschaft vorantreiben und ihr politisches, sozial-ökologisches oder medial-technisches Wissen für Bewegungen zur Verfügung stellen.⁶

4. Digitalisierung und die Ausweitung von Handlungsrepertoires

Eine simple Binärdifferenzierung zwischen Online- und Offline-Protesten wird der komplexen Kooperationspraxis sozialer Bewegungsakteure nicht gerecht. Straßenproteste werden in sozialen Medien vor- und nachbereitet. Kollektive Protestaktionen werden durch personalisierte Bilder und Texte dokumentiert und deren Ablauf mit Hilfe sozialer Medien wie Twitter in kollaborativen Absprachen koordiniert (Dang Anh 2019).

Auch wenn der genaue Einfluss formaler Organisationen und sozialer Medien auf kollektive Protestmobilisierung noch nicht hinreichend geklärt ist, kann doch davon ausgegangen werden, dass die Digitalisierung sozialer Bewegungen zu einer Ausweitung von Handlungsrepertoires von Bewegungsakteuren verbunden mit einer allgemeinen Senkung der Transaktionskosten der individuellen Beteiligung an kollektiven Aktionen geführt hat. Mit van Laer und van Aelst (2010, 1149ff.) lässt sich das digitalisierte Handlungsrepertoire entlang der Unterscheidungen zwischen erstens internetgestützten und internetbasierten und zweitens hoch- und niedrigschwelligen Aktionen typologisieren: Zu den internetgestützten, hochschwelligen Aktionen zählen etwa Gewalt gegen Sachen, Besetzungen von Plätzen und Häusern, transnationale Treffen und Demonstrationen; zu den internetbasierten hochschwelligen Aktionen z.B. Hacktivismus, Culture Jamming und die Entwicklung alternativer Medien und Protestseiten. Internetgestützte niedrigschwellige Aktionen umfassen demnach z.B. die Beteiligung an legalen Demonstrationen, politischen Konsum, Spenden. Beispiele für internetbasierte niedrigschwellige Aktionen sind das Mitzeichnen von Online-Petitionen oder die Beteiligung an Denial of Service-Aktionen bzw. virtuellen Sit-Ins. Alte Aktionsformen wie Straßenproteste und Unterschriftensammlungen werden keineswegs ersetzt (Rucht 2014), sondern zum Teil durch digitale Varianten ergänzt wie im Fall der Online-Unterschriftenaktionen. Nur für wenige Aktionsweisen, wie etwa das Hacken von Software, lassen sich keine Vorformen in der analogen Welt finden (Kersting 2019 in diesem Band).

Frühe Annahmen zum Wandel der Protestpartizipation gingen davon aus, dass die Senkung der Partizipationskosten im Zuge der Digitalisierung zu einer Stärkung von Graswurzelbewegungen und einer generellen Zunahme von und an Pro-

6 Vgl. für die netzpolitische Mobilisierung über Facebook z.B. Haggart 2013.

testaktionen führen würde. Die empirische Forschung lässt hinsichtlich einer solchen Verstärker-Hypothese bezogen auf individuelles politisches Engagement keine eindeutigen Schlüsse zu: In Individual-Ebenen-Studien sind Effekte der Internetnutzung auf politische Partizipation gering bis nicht vorhanden und zudem im längeren Zeitverlauf nicht stabil (Boulianne 2009; Copeland/Bimber 2015).

Emmer, Vowe und Wolling (2011) haben zudem für Deutschland die von Schlozman, Verba und Brady (2010) für den amerikanischen Kontext aufgestellte These, wonach das Netz als politisches Partizipationsmedium eher von ressourcenstarken User_innen genutzt wird, auf Basis einer repräsentativen Panelstudie belegt. Ob das Netz zur Kommunikation politischer Botschaften genutzt wird, hängt auch für Protestaktivist_innen eng mit dem schon vorhandenen politischen Interesse zusammen. Je höher das Interesse, desto höher auch die Nutzung politischer Partizipationsformen im Netz. Demografische Faktoren wie Alter und Geschlecht, Bildung und familiärer Hintergrund sind dabei wichtige Einflussfaktoren für die Herausbildung politischen Interesses.

Die individuelle Mediennutzung ist nicht zuletzt aufgrund der hybriden, entgrenzten Struktur der Medien äußerst komplex, Unterscheidungen zwischen analogen und digitalen Medien wie zwischen Offline- und Online-Handeln im Alltag und politischem Engagement der Bürger_innen sind oft schwer zu treffen und auch für Aktivist_innen zunehmend weniger relevant. Häufig erinnern sie nicht genau, durch welchen kommunikativen Akt und durch welches Medium sie etwa von einem Protestaufruf gehört haben (z.B. Tufecki/Wilson 2012). Da der Effekt digitaler Medien auf individuelle politische Partizipation kaum zu isolieren ist, erscheint Bimbers Vorschlag, digitale Medien nicht als Variable, sondern als Kontext zu konzeptualisieren, überzeugend.

»Treating media as context rather than a variable accommodates the fact that people sometimes perceive messages to be ›everywhere‹, that boundaries within the media system are blurred, and that digital media are widely used commodities whose precise distribution is less important than the fact of their presence in the human environment« (Bimber 2017, 7).

In der Sprache der Bewegungsforschung ließe sich im Sinne eines solchen Kontextverständnisses von einem Wandel der medialen Gelegenheitsstrukturen politischen Protests sprechen: Mit dem erleichterten Zugang zu Informationen und der Entstehung neuer Dienstleistungsanbieter politischer Protestaktivitäten wie den digitalen Petitionsplattformen sind die Möglichkeiten einer Beteiligung an kollektiven Aktionen vervielfältigt worden und die Transaktionskosten der individuellen Protestaktivitäten zugleich gesunken. Inwiefern die vermehrten Möglichkeiten jedoch faktisch auch genutzt werden, hängt vor allem vom politischen Interesse und von den Wertorientierungen ab. Aber auch Persönlichkeitsmerkmale wie Extroversion oder soziale Verträglichkeit beeinflussen den Netzaktivismus, wie Margetts

u.a. in ihrer Forschung zu Startern und Followern, den Petenten und Mitzeichnern von Petitionen auf Petitionsplattformen in Großbritannien, festgestellt haben (Margetts et al. 2016). Darüber hinaus hängt die Mobilisierungswahrscheinlichkeit auch von der Wahrnehmung politischer Gelegenheitsstrukturen ab, wie etwa der Einschätzung des Risikos drohender Repressionen durch den Staat oder der Beurteilung der Möglichkeit einer Gewinnung einflussreicher Koalitionspartner.

Umstritten ist in der Forschung, inwiefern die Zunahme niedrigschwelliger Mitmachangebote soziale Bewegungen insgesamt stärkt oder schwächt (Earl 2016; Zuckerman 2014). Klassische Bewegungsforscher wie Dieter Rucht (2004) beurteilen die Chancen, durch vermehrten Netzaktivismus grundlegenden sozialen oder politischen Wandel herbeizuführen, eher skeptisch. Folgt man den Techniksoziologen Dolata und Schrape begünstigt die Digitalisierung zwar die Mobilisierung zu kollektiven Aktionen, doch erbringt sie nicht aus sich heraus die Strukturleistungen, die notwendig für die Entstehung kollektiver politischer Identitäten sind (2014, 26). Auch van Laer und van Aelst beurteilen die politisch-kulturellen Bindungseffekte von Netzaktivismus pessimistisch: »[...] the internet is unable to create the necessary trust and strong ties that are necessary to build a sustainable network of activities« (2010, 1163). Zwar erleichtert die virale Verbreitungslogik digitaler Medien die Entstehung spontaner und reichweitenstarker Empörungswellen und sog. Hashtagproteste. Doch fehlen, so die skeptische Einschätzung, einem nur schwach und locker vernetzten Netzaktivismus die für eine Überführung spontaner Empörungswellen in dauerhaftes Engagement notwendige Stabilisierung durch kollektive Zugehörigkeitsgefühle ebenso wie die organisatorischen Strukturen einer erfolgreichen Ressourcenmobilisierung. Nur durch Face-to-Face-Kommunikation und in kollektiven Offline-Protesten entstünden Sozialvertrauen und starke Bindungen, die insbesondere für risikoreiches und langfristiges Engagement unverzichtbar seien. Dauerhafte gemeinschaftliche Bindungen, so auch das Ergebnis eigener Befragungen von Aktivist_innen im Bereich deutscher unternehmenskritischer Proteste (Baringhorst et al. 2010) entstehen oft erst in solidarischen Unterstützungsaktionen, Kundgebungen und Protestdemonstrationen vor Ort.

Pessimistische Zusammenhangsvermutungen unterschätzen häufig sowohl die starke Verschränkung von Online- und Offline-Formen des Engagements als auch das Zusammenwirken von aufwendigen und weniger aufwendigen Formen des Online-Protests etwa im Petitionsaktivismus. Massenhaftes Liking und Unterschriften unter Online-Petitionen setzten ein kompetentes Framing und oft umfassende mediale Verbreitungs- und Vernetzungsaktivitäten auf Seiten der Petenten und Plattformbetreiber voraus. Die Kritik am sog. Klicktivismus, der Charakterisierung von Aktionsformen wie das Mitzeichnen von Petitionen im Netz oder der Boykott von Waren und Dienstleistungen als eindeutig niedrigschwellig, wird der Komplexität der politischen Praxis des Netzaktivismus nicht

gerecht. Eigene Untersuchungen zum Aktivismus im Bereich des politischen Konsumerismus belegen, dass z.B. der Informationsaufwand, den einzelne Nutzer_innen betreiben, bevor sie eine Petition auf change.org oder bei avaaaz.net unterschreiben, sehr unterschiedlich ausfällt. Insofern besteht hinsichtlich der Quantifizierung wie Qualifizierung der individuellen Kosten der Beteiligung an Aktionen sozialer Bewegungen weiterhin Forschungsbedarf. Weder Aufwand noch Erfolg von Online-Aktivismus lassen sich aus simplen Klassifizierungen in hoch- und niedrigschwellige Aktivitäten ablesen. Während die bisherige Forschung primär untersucht, inwiefern Protestaktionen ihre expliziten Ziele, wie etwa die Verhinderung bestimmter politischer Maßnahmen, erreichen, sollte die zukünftige Forschung viel stärker auch die subjektiven Erfolgsparameter und -bewertungen in die Evaluation von Online-Protest einbeziehen.

5. Politische Auswirkungen der Digitalisierung sozialer Bewegungen in Demokratien

Auch wenn die Beteiligung an elektronischen Petitionen oft als »Clicktivism« oder »Slacktivism« (Faulenzeraktivismus) kritisiert wird (Halupka 2014; Vromen 2017), sollte deren wachsender Einfluss auf die politische Meinungsbildung in liberalen Demokratien nicht unterschätzt werden. Aus einer skeptischen Perspektive wird auf die Herausforderungen repräsentativer Politik durch eine immer kostengünstiger zu realisierende webbasierte Gegen-Demokratie in Form von Shitstorms oder Smartstorms und Online-Kampagnen und -Petitionen hingewiesen (Baringhorst 2019a). Insbesondere soziale Medien, so die Annahme, tragen zu einer abnehmenden Berechenbarkeit der Themen und Reichweite öffentlicher Empörungskommunikation bei. Es fehle eine einheitliche Bühne, die eine Sichtbarkeit und Lesbarkeit der unterschiedlichen Forderungen und Positionen sicherstellen würde. Die Oxfor-der Kollegen Margetts u.a. sprechen gar von der Gefahr einer drohenden »Political Turbulence« (Margetts et al. 2016). Der schon durch Einführung und Verbreitung von Meinungsumfragen und Skandalberichterstattung traditioneller Massenmedien gestiegene Druck, responsiv auf die wechselnden Erwartungen der Bürger_innen einzugehen, ist durch den individualisierten Mikro-Aktivismus auf themenoffenen Kampagnenplattformen noch gestiegen. Durch minimale Akte der Partizipation der vielen Einzelnen, wie das Mitzeichnen von Petitionen oder das Liken und Weiterleiten von Aufrufen, werden mehr und unterschiedlichere politische Positionen und Forderungen sichtbar. Diese Stärkung des Pluralismus wird von Margetts et al. mehr als Schwächung denn als Stärkung der Demokratie betrachtet, zumal es für gewählte Repräsentanten immer schwieriger werde, schnell angemessene Antworten auf die zahlreichen, nicht kontrollierbaren und oft nicht vorhersehbaren Aktionen von Bürger_innen im Internet zu finden.

Abgeordnete schätzen den Einfluss von Petitionsplattformen oder kritischen Monitoring-Plattformen wie abgeordnetenwatch.de auf das politische Agenda Setting im Allgemeinen wie auf ihr persönliches Entscheidungsverhalten im Besonderen oft als gering ein (Krlev 2018; Voss 2014). Doch gibt es auch Anzeichen dafür, dass der Wächteraktivismus im Netz die Handlungsautonomie der Akteure der repräsentativen Demokratie einschränkt.⁷ In den Empörungswellen, Kandidatenchecks und Petitionen im Internet artikulieren sich gestiegene Transparenz-, Responsivitäts- und Teilhabeerwartungen der Bürger_innen. Foucaults Erläuterung des Wirkungsprinzips des Panoptikums lässt sich nicht nur auf die Folgen einer Dauerüberwachung der Bürger_innen durch staatliche oder kommerzielle Akteure beziehen. Auch eine webbasierte Dauerüberwachung der Repräsentanten durch kritische Protestakteure im Netz wird vermutlich die Selbstdisziplinierung der überwachten Abgeordneten steigern.

»Derjenige, welcher der Sichtbarkeit unterworfen ist und dies weiß, übernimmt die Zwangsmittel der Macht und spielt sie gegen sich selbst aus; er internalisiert das Machtverhältnis, in welchem er gleichzeitig beide Rollen spielt; er wird zum Prinzip seiner eigenen Unterwerfung.« (Foucault 1992, 260)

Es ist davon auszugehen, dass Abgeordnete mit der gestiegenen Rechenschaftspflicht gegenüber personalisierten, kritischen Netzöffentlichkeiten das permanent gewordene Abgeordnetenwatch und damit das Risiko des Publik-Werdens etwaiger Normverletzungen zunehmend internalisieren. Dies impliziert auch die Gefahr der Skandalisierung von Abweichungen zwischen ihrem Wahlversprechen und parlamentarischen Entscheidungsverhalten. Dies ist ein Gewinn für die Rückkopplung parlamentarischer Entscheidungen an den Wählerwillen. Doch steigt damit auch die Gefahr, dass die Bereitschaft gewählter Repräsentanten, eigene Positionen im Lichte neuer Erkenntnisse zu überdenken, sinkt. Dann bedeutet mehr Transparenz letztendlich weniger Deliberation. Unter dem Druck stets skandalisierungsbereiter Protestakteure im Netz kann, und dies wäre empirisch zu prüfen, eine gesunkene Risikobereitschaft der Abgeordneten auch zu einem bezogen auf die politischen und sozialen Transformationsziele sozialer Bewegungen kontra-intentionalen Effekt führen: Dann erhöhte ein erleichterter und vermehrter Protestaktivismus im Netz die Wahrscheinlichkeit eines politischen Stillstands. Große und innovative Reformprojekte würden nicht zuletzt auch aufgrund zunehmend gegensätzlich gerichteter Protestforderungen wie z.B. für oder gegen den Bau großer Infrastrukturprojekte nur zögerlich oder gar nicht angegangen.

Auch die Nutzung von Algorithmen und Big Data durch soziale Bewegungsakteure wirft aus demokratietheoretischer Sicht neue Probleme und Forschungsfragen auf: Auf der Basis von Scores (Likes, Sharing etc.) sind Cluster von Bür-

7 Vgl. zum Folgenden ausführlicher Baringhorst 2019a

ger_innen, die im Microtargeting gezielt und personalisiert adressiert werden, entstanden. Damit verbunden sind neue Reputationssysteme im Netz; Plattformen strukturieren, sortieren und priorisieren Inhalte nach jeweils eigenen Logiken und häufig nicht transparent gemachten Relevanzkriterien (Gerlitz/Helmond 2013). Für die Bewegungsforschung ergeben sich daraus neue Forschungsfelder und -fragen: Welche Folgen hat die Nutzung von Tracking Devices und Algorithmen für einen zunehmend »analytisch« werdenden Netzaktivismus (Karpf 2017)? Wenn Bewegungskommunikation nicht nur auf den Plattformen der bekannten sozialen Medien, sondern auch auf den großen Kampagnenplattformen über Algorithmen gesteuert wird, hat dies Auswirkungen auf Relevanz und Bewertung von Protestthemen und -forderungen. Die Gefahr besteht, dass am Ende Selektionsentscheidungen auf Kampagnenplattformen stärker datengetrieben motiviert sind als von ihren moralischen Grundwerten und programmatischen politischen Zielen her bestimmt werden.

Protestakteure decken nicht nur intransparente und illegitime Datennutzungspraktiken von Parteien und Kandidaten auf. Insbesondere bei themenunabhängigen und kommerziell betriebenen Petitionsplattformen ist die Intransparenz der eigenen Datensammlungs- und -verarbeitungspraxis kritisch zu hinterfragen. Dies gilt insbesondere, wenn das primäre Ziel einer Plattform darin besteht, möglichst viele Daten über ihre Nutzer_innen zu sammeln, um die Reichweite des Adressatenkreises zu vergrößern wie auch basierend auf Nutzungsprofilen das zielgenaue Microtargeting von Botschaften zu verbessern. Dann würden die Solidaritätsappelle, die uns in Zukunft erreichen, priorisiert durch unsere bisherige Protestpraxis auf der jeweiligen Plattform oder, sofern Daten zwischen Plattformen abgeglichen werden, aufgrund unserer plattformübergreifenden Aktivitäten wie z.B. Informationsnachfragen, Konsumgewohnheiten, Bewegungsprofile. Infolge einer solchen datengetriebenen Filterung von Protestanliegen würde der ohnehin bestehende Mittelschichtsbias des Protestaktivismus weiter verstärkt und issues, die eher Unterschichten betreffen, noch stärker an Reichweite verlieren. Rechtsextremen Gruppierungen bietet die Nutzung von Algorithmen darüber hinaus hochproblematische Optionen, Nutzerprofile nach rassistischen oder anderen diskriminierenden Merkmalen zu erstellen und für die eigene Propagandapraxis zu nutzen. Inwiefern sich algorithmengesteuerte Reputationssysteme sozialer Medien neben der Priorisierung von Protest-Issues auch auf die »Prominenz« individueller oder kollektiver Protestakteure auswirken, ist ein weiteres Desiderat der Forschung.

6. Fazit und Ausblick

Eine allein auf Einzelmedien gerichtete Analyse des Zusammenhangs zwischen Medienwandel und dem Wandel sozialer Bewegungen läuft Gefahr, die Komplexität und Dynamik der Bezüge zwischen unterschiedlichen medialen Infrastrukturen und individuellen wie kollektiven Praktiken ihrer Nutzung und Hervorbringung verbunden mit den sie bedingenden ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen aus dem Auge zu verlieren. Vielsprechender sind dagegen holistische Forschungsperspektiven, die die komplexen Wechselbeziehungen zwischen technologischen, sozialen und politischen sowie diskursiven Ebenen in den Blick nehmen. Neben dem oben genannten Vorschlag Bimbers, Medien als »Kontexte« kollektiver Aktionen zu denken, sind vor allem auch medienökologische Ansätze für die Bewegungsforschung fruchtbar zu machen, wobei Ökologie entsprechend der informatischen Begriffsverwendung verstanden wird als »system of people, technologies, practices and values in a local setting.« (O'Dany 2000, 36) (vgl. auch Mercea et al. 2016; Treré/Mattoni 2016).

Betrachtet man das komplexe Zusammenspiel von offline und online, lokalen und globalen Handlungsebenen und alten und neuen Medien, entsteht auf der Mikro-, Meso- und Makroebene der Forschung eine Vielzahl neuer Forschungsfragen: Auf der Ebene der Organisation und Vernetzung ist genauer zu untersuchen, inwiefern sich durch die Digitalisierung die Kooperationspraxis von und die Einflussverteilung unter kollektiven Akteuren verändern. Die zunehmende Nutzung digitaler Medien durch soziale Bewegungsakteure setzt sowohl für individuelle Unterstützer_innen als auch für kollektive Akteure umfassende kritische Medienkompetenzen voraus. Wie gewinnen sie diese Kompetenzen und wie entstehen diesbezügliche Professionalisierungs- und interne Ausdifferenzierungsprozesse? Protestäußerungen, etwa die Skandalisierung von Normverletzungen durch politische Eliten oder transnationale Unternehmen, lassen sich aufgrund der viralen Logik der Verbreitung von Informationen im Netz mit Hilfe sozialer Medien nicht mehr nur von klassischen Bewegungsorganisationen, sondern auch weitgehend spontan und unorganisiert verbreiten. Dennoch sind für die Mobilisierung und Koordination großer Massendemonstrationen und deren Stabilisierung über einen längeren Handlungszeitraum in der Regel noch immer Bewegungsorganisationen notwendig. Mit der Ausdifferenzierung neuer »Anbieter« politischer Protestmöglichkeiten im Netz sind für die klassischen Bewegungsakteure, die großen NRO wie Greenpeace, der BUND oder Human Rights Watch, neue Konkurrenten im Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit wie aber auch mögliche Kooperationspartner für die Mobilisierung von Protest und (gegen-)öffentlicher Meinung entstanden. Protest und Solidarität wurden schon vor der Verbreitung digitaler Medien kampagnenförmig organisiert. Plattformen wie www.campact.de oder www.change.org, die sich auf die schnelle und themenunabhängige Generierung massenhafter Un-

terstützung für Protestziele spezialisiert haben, stellen nicht nur die Praxis klassischer Bewegungsorganisationen, sondern auch die Erforschung von Protestaktivismus in der digitalen Gesellschaft vor neue Herausforderungen.

Ein analytischer, datenbasierter Aktivismus wirft nicht nur neue Ressourcen- und Kompetenzfragen auf. Es entstehen neue Legitimitätsprobleme zumal dann, wenn Bewegungsakteure selbst algorithmen-gesteuerte Software nutzen, um potentielle Unterstützer_innen personalisiert anzusprechen. Darüber hinaus ist genauer zu erforschen, inwiefern Bewegungsakteure selbst zum Objekt von Dataneignung und -nutzung auf kommerziellen Social-Media-Plattformen oder der Ausspähung im Rahmen staatlicher Netzüberwachung werden. Welche netzpolitischen Gegenstrategien entwickeln sie in welchen Kooperationsformen und -praktiken, um die eigene Handlungsautonomie nicht zu verlieren? Weitreichender und für die zukünftige Entwicklung repräsentativer Demokratie geradezu existentiell, ist die Frage der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen dem, was mit Rosanvallon (2014) als »Gegen-Demokratie« zu bezeichnen ist, und den durch allgemeine Wahlen legitimierten Institutionen der repräsentativen Demokratie.⁸ So sind aus politikwissenschaftlicher Perspektive vor allem die konkreten Formen und Folgen von Interdependenzen zwischen einem auch medienbedingten Wandel sozialer Bewegungen und Protestaktivismus und Veränderungen der gesamtgesellschaftlichen politischen Kultur – Stichworte: Zunahme populistischer Rhetorik und Abnahme des Vertrauens in die majoritären Institutionen der repräsentativen Demokratie wie Parteien und Parlamenten – genauer empirisch zu untersuchen und demokratietheoretisch zu bewerten.

Literaturverzeichnis

Baringhorst, Sigrid (2019a): Der Nutzer als Wächter – Zivilgesellschaftliche Medienpraktiken eines herrschaftskritischen Going Public im Internet. In: Bedford-Strohm et al. (Hg.): Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit. Ethik und politische Partizipation in interdisziplinärer Perspektive. Baden-Baden, S. 103–119.

8 Unter Gegen-Demokratie fasst Rosanvallon eine Vielzahl extra-repräsentativer Engagementformen des Ausdrucks persönlicher kritischer Meinungen, des Willens zur gemeinschaftsorientierten Mitwirkung sowie der entscheidungsorientierten Intervention von Bürgern. Versucht man seine Gedanken in einer These zusammenzufassen, so gewinnt der Bürger durch vielfältige Praktiken, in denen er als Wächter und kritischer Beobachter, als Veto-Einleger und Richter, gewählte Eliten zu kontrollieren versucht, zurück, was er als Wähler in der repräsentativen Demokratie an Souveränität verliert (Rosanvallon 2014, 253).

- Baringhorst, Sigrid (2019b): Digitalisierung, Gemeinsinn und zivilgesellschaftliches Engagement. In: Hiebaum (Hg.): Handbuch Gemeinwohl, Wiesbaden (i.E.).
- Baringhorst, Sigrid et al. (2017): Webzentrierte Hybridkampagnen – Ausdruck postdemokratischer Protestpartizipation? In: Daphi et al. (Hg.): Protest in Bewegung. Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests. Baden-Baden, S. 171–198.
- Baringhorst, Sigrid (2015): Konsum und Lebensstile als politische Praxis. Systematisierende und historisch kontextualisierende Annäherungen. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen* 28 (2), S. 17–27.
- Baringhorst, Sigrid et al. (2010): Unternehmenskritische Kampagnen im Zeichen digitaler Kommunikation. Wiesbaden.
- Bauwens, Michel (2016): Die zehn Gebote der Peer-Produktion und Commons-Ökonomie. In: Beier et al. (Hg.): Die Welt reparieren. Open Source und Selbstermachen als postkapitalistische Praxis. Bielefeld, S. 71–75.
- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing processes and social movements: An overview and assessment. In: *American review of Sociology* 26, S. 611–639.
- Bennett, Lance W./Segerberg, Alexandra (2012): The Logic of Connective Action. In: *Information, Communication & Society* 15 (2012), S. 1–30.
- Bimber, Bruce (2007): Three Prompts for Collective Action in the Context of Digital Media. In: *Political Communication* 34 (1), S. 6–20.
- Boulianne, Shelly. 2009. Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research. In: *Political Communication* 26 (2), S. 193–211.
- Copeland, Lauran/Bimber, Bruce (2015): Research Note on Variation in the Relationship between Digital Media Use and Political Participation in U.S. Elections over Time, 1996–2012: Does Obama's Re-election Change the Picture? In: *Journal of Information Technology & Politics*, 12(1), S. 74–87.
- Dang-Anh, Mark (2019): Protest Twittern. Bielefeld.
- Dolata, Ulrich/Schrape, Jan-Felix (2014): Kollektives Handeln im Internet. Eine akteurstheoretische Fundierung. In: *Berliner Journal für Soziologie* 24 (1), S. 5–30.
- Dufft et al. (2017): Digitalisierung in Non-Profit Organisationen. Strategie, Kultur und Kompetenzen im digitalen Wandel. URL: www.betterplace-lab.org/wp-content/uploads/Studie-Digitalisierung-in-Non-Profit-Organisationen-.pdf. (12.04.2019).
- Earl, Jennifer et al. (2017): Routing around organizations: Self-directed political consumption. In: *Mobilization* 22 (2), S. 131–153.
- Earl, Jennifer (2016): Protest Online. Theorizing the consequences of online engagement. In: Bosi et al (Hg.): *The Consequences of Social Movements*. Cambridge, S. 363–400.

- Earl, Jennifer et al. (2010): Changing the World One Webpage at a Time: Conceptualizing and Explaining 'Internet Activism'. In: *Mobilization*, 15(4), S. 425–446.
- Emmer, Martin et al. (2011): Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. München.
- Foucault, Michel (1992): Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a.M.
- Gerlitz, Carolin/Helmond, A. (2013): The like economy: Social buttons and the data-intensive web. In: *New Media and Society* 15(8), S. 1348–1365.
- Gießmann, Sebastian (2018): Elemente einer Praxistheorie der Medien. In: *zfm* 19 (2018), S. 95–109.
- Haenfler, Ross et al. (2012): Lifestyle Movements: Exploring the Intersection of Lifestyles and Social Movements. In: *Social Movements Studies. Journal of Social, Cultural and Political Protest* 11 (1), S. 1–20.
- Haggart, Blayne (2013): Fair Copyright for Canada: Lessons for Online Social Movements from the First Canadian Facebook Uprising. In: *Canadian Journal of Political Science* 46 (04), S. 841–861.
- Halupka, Max (2014): Clicktivism. A Systematic Heuristic. In: *Policy & Internet* 6, S. 115–132.
- Haunss, Sebastian (2019): Das Internet und das Versprechen neuer Formen der Kollaboration. In: Ghanbari et al. (Hg.): *Kollaboration. Beiträge zur Medientheorie und Kulturgeschichte der Zusammenarbeit*. Paderborn, S. 235–262.
- Helfrich, Silke, Commons Strategies Group (2016): Offenheit organisieren. Beobachtungen zur Entwicklung eines neuen offenen Kooperativismus. In: Beier et al. (Hg.): *Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld, S. 76–84.
- Howard, Phillip M./Hussein, Muzzamil M. (2013): *Democracy's Fourth Wave: Digital Media and the Arab Spring*. Oxford.
- Karpf, David. 2017. *Analytic Activism. Digital Listening and the New Political Strategy*. Oxford.
- Kersting, Norbert (2019): Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung– Status Quo und Zukunft. In: Hofmann et al. (Hg.) 2019: *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 105–121.
- Krlev, Gorgi (2018): Mehr politische Transparenz & verstärkter Austausch zwischen der Bevölkerung und der Politik? Zu den Wirkungen von *abgeordnetenwatch.de*. URL: https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/abgeordnetenwatch.de/files/aw_krlev_kurzver_studie_wirk_end_20180326.pdf, (10.08.2018).
- Mercea, Dan et al. (2016): Protest communication ecologies. In: *Information, Communication & Society* 19 (3), S. 279–289.
- Margetts, Helen et al. (2016): *Political turbulence: how social media shape collective action*. Princeton.

- McCarthy, John D./Zald, Mayer, N. (1977): Resource mobilization and social movements. A partial theory. In: *American Journal of Sociology* 82 (6), S. 1212–1241.
- Melucci, Albert (1980): The new social movements: A theoretical approach. In: *Social Science Information* 19, S. 199–226.
- Norris, Pippa (2012): Political mobilization and social networks. The example of the Arab spring. In: Kersting (Hg.): *Electronic democracy*. Opladen, S. 55–76.
- O'Day, Vicki L. (2000): Information ecologies. In: *The Serials Librarian* 38 (1/2), S. 31–40.
- Pfetsch, Barbara/Heft, Annett/Knüpfer, Curd (2019): Transnationale Öffentlichkeiten in der Digitalen Gesellschaft: Konzepte und Forschungsperspektiven. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 83–101.
- Ritzi, Claudia (2019): Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 61–82.
- Rosanvallon, Pierre (2014): *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*. Hamburg (zuerst 2006).
- Rucht, Dieter (2014): Die Bedeutung von Online-Mobilisierung für Offline-Proteste. In: Voss (Hg.): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden, S. 115–128.
- Rucht, Dieter (2004): The quadruple A. Media strategies of protest movements since the 1960s. In: van de Donk et al. (Hg.): *Cyberprotest. New Media, Citizens and Social Movements*. London und New York, S. 29–56.
- Schlozman, Kay Lehman et al. (2010): Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. In: *Weapon of the Strong? Perspectives on Politics* 8 (2), S. 487–509.
- Shirky, Clay (2009): *Here comes everybody. The power of organizing without organizations*. London.
- Treré, Emiliano/Mattoni, Alice (2016): Media ecologies and protest movements: main perspectives and key lessons. In: *Information, Communication & Society* 19 (3), S. 290–306.
- Tufekci, Zeynep/Wilson, Christopher (2012): Social media and the decision to participate in political protest: Observations from Tahrir Square. In: *Journal of Communication* 62 (2), S. 468–470.
- Van Laer, Jeroen/Van Aelst, Jan (2010): Internet and Social Movement Action Repertoires. In: *Information, Communication and Society* 13 (8), S. 1146–1171.
- Voss, Kathrin (2014): Grassrootskampagnen und E-Petitionen als Mittel zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: dies. (Hg.): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden, S. 149–160.
- Vromen, Ariadne (2017): *Digital Citizenship and Political Engagement. The Challenge from Online Campaigning and Advocacy Organisations*. London.

Zuckerman, Ethan (2014): New Media New Civis. In: P&I. Policy and Internet 6 (2), S. 151–168.

